

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Sport

53. Sitzung
12. September 2025

Beginn: 10.02 Uhr
Schluss: 11.19 Uhr
Vorsitz: Scott Körber (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- Vorlage – zur Beschlussfassung – [0159](#)
Drucksache 19/2627 Sport
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Haupt(f)
Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
(Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27) hier:
- **Einzelplan 05 – Kapitel 0510 bis 0512,**
 - **Kapitel 1250: Maßnahmegruppe 05 –**
Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für
Inneres und Sport – alle Maßnahmen mit
Sportbezug
 - **Kapitel 2705: Aufwendungen der Bezirke –**
Inneres und Sport –
- Vorabüberweisung –
- 1. Lesung –

Vorsitzender Scott Körber macht darauf aufmerksam, dass die vorab eingegangenen Fragen und Berichtsaufträge der Fraktionen zur ersten Lesung in einer Synopse zusammengeführt worden seien – siehe Vorgangsnummer 0159-1 des Ausschusses –, die auf der Webseite des Abgeordnetenhauses öffentlich eingesehen werden könne.

Sofern sich noch zusätzliche Fragen ergäben, die der Senat schriftlich beantworten sollte, müssten die Fraktionen dies kenntlich machen und die Fragen noch im Verlauf der Sitzung schriftlich einreichen.

Kapitel und Titel, zu denen es heute keinen Redebedarf gebe beziehungsweise Fragen direkt beantwortet werden könnten, seien erledigt und würden in der zweiten Lesung nicht mehr aufgerufen. Werde dennoch eine Thematisierung in der zweiten Lesung gewünscht, müsse ausdrücklich eine Zurückstellung gefordert werden.

Die Personaltitel und Stellenpläne würden im entsprechenden Unterausschuss des Hauptausschusses beraten. Der Fachausschuss sei nicht gehindert, übergeordnete Fragen dazu zu erörtern. Gleiches gelte für IKT-Titel, die dem Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz überwiesen worden seien.

Berichtsaufträge mit Sportbezug zum Sondervermögen Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes – könnten bis zum 15. September 2025, 12 Uhr nachgereicht werden.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) leitet ein, der Einzelplan 05 – Inneres und Sport – werde im Senat als Priorität angesehen. Insofern habe es gegenüber dem Haushalt 2024/2025 eine Erhöhung gegeben. Das Budget kumuliere im Jahr 2026 auf 3,177 Milliarden Euro und im Jahr 2027 auf 3,283 Milliarden Euro. 70 Prozent des Etats umfassten Personalausgaben. Der Anteil des Sports belaufe sich auf ca. 238 Millionen Euro. Im Jahr 2026 teile sich diese Summe wie folgt auf: 103,618 Millionen Euro für die Berliner Bäder-Betriebe, 14,461 Millionen Euro für das Velomax, 13,758 Millionen Euro für das Sportforum, 17,56 Millionen Euro für den Olympiapark, 43,103 Millionen Euro für die Sportförderung, 2,7 Millionen Euro für das Vereinsinvestitionsprogramm, 17,768 Millionen Euro für Personalausgaben, 18,15 Millionen Euro für das Sportstättenanierungsprogramm und 7,661 Millionen Euro für sonstige Ausgaben. Bei den Sachausgaben und Investitionen bildeten die Ausgaben des Facilitymanagements mit einem Anteil von 26 Prozent den größten Block. Mit 11 Prozent folgten die Berliner Bäder-Betriebe.

Die Aufstellung des Haushaltsplans sei unter schwierigen Rahmenbedingungen vorgenommen worden. Man habe sich auf die wichtigsten Vorhaben konzentriert, und es sei gelungen, die Schwerpunkte des Einzelplans 05 abzubilden. Sport präge den Lebensstil von mehr als 800 000 Mitgliedern in rund 2 300 Berliner Vereinen. Hinzu kämen ungefähr ebenso viele Menschen, die ohne Vereinsbindung Sport ausübten. Sport sei unverzichtbar bei der Gesundheitsprävention, Integration, Inklusion, Gewaltprävention und bei der Orientierung Heranwachsender. Sport präge das soziale Miteinander in der Stadt.

Die Schwerpunkte lägen in den kommenden beiden Jahren auf den Berliner Bäder-Betrieben, der Sportförderung, der Sportinfrastruktur und den Sportgroßveranstaltungen. Die Berliner Bäder-Betriebe würden mit zusätzlichen Sach- und Investitionsmitteln wie folgt ausgestattet:

Von den im Einzelplan 05 veranschlagten Mitteln des Sports würden im kommenden Jahr 51 Prozent, nämlich 103,6 Millionen Euro, bzw. 58 Prozent, nämlich 138,7 Millionen Euro, im Jahr 2027 für die Bäder-Betriebe eingesetzt. Um das Angebot an Wasserzeiten und -flächen abzusichern, würden die konsumtiven Ansätze der Bäder-Betriebe im Vergleich zum Jahr 2025 im Jahr 2026 um 3,2 Millionen Euro und im Jahr 2027 um 5,2 Millionen Euro erhöht. Der Senat habe mit dem Klimapakt ein Finanzierungsinstrument aufgelegt, um die Landesunternehmen beim Erreichen ihrer Klimaziele zu unterstützen. Den Bäder-Betrieben werde eine bedarfsgerechte Eigenkapitalzuführungen von insgesamt 204 Millionen Euro bis zum Jahr 2030 zur Verfügung gestellt, davon rund 14,1 Millionen Euro im Jahr 2026 und 48,6 Millionen Euro im Jahr 2027.

Eine grundhafte Sanierung bzw. Teilsanierung sei unter anderem in folgenden Bädern vorgesehen: Stadtbad Charlottenburg, Lehrschwimmhalle Schöneberg, Kombibad Seestraße, Stadtbad Mitte, Stadtbad Neukölln, Schwimmhalle Baumschulenweg, Schwimmhalle Finkensteinallee, Schwimmhalle Sewanstraße. Dafür werde ein Betrag von insgesamt 169 Millionen Euro bis zum Jahr 2030 bereitgestellt. Für die Modernisierung von Beleuchtungsanlagen seien insgesamt ca. 1,2 Millionen Euro geplant, für die Installation von Solarabsorbern 2 Millionen Euro, für die Abdeckung der Becken 9 Millionen Euro, für die Umrüstung von Pumpen in Frei- und Sommerbädern 1,6 Millionen Euro, für die Installation von Photovoltaikanlagen 7,4 Millionen Euro, für die Anschaffung von Containern 8 Millionen Euro und für die Umrüstung von Bestandslüftungsanlagen mit KI für einen energetisch optimierten Betrieb 6,2 Millionen Euro. Damit ergebe sich ein Gesamtbetrag von 35,4 Millionen Euro.

Die laufenden Sanierungsmaßnahmen aus dem investiven Ansatz und die in Planung befindlichen Bäder an den Standorten Marzahn-Hellersdorf, Pankow und Spandau-Süd würden über SIWA-Mittel abgesichert. Für diese drei Standorte stünden insgesamt 68 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Sicherheits- und Präventionsmaßnahmen in Sommerbädern hätten in den letzten beiden Jahren zu einer weitgehenden Befriedung geführt. Diese Maßnahmen würden auch in den kommenden Jahren fortgeführt. Dafür seien Mittel in Höhe von jeweils 1,5 Millionen Euro veranschlagt.

Die Grundsteuer sei mit 800 000 Euro in Titel 68506 – Zuschüsse an die Berliner Bäder-Betriebe – im Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Sport – hinterlegt worden. Bedauerlicherweise sei es trotz ihres Einspruchs bislang noch nicht gelungen, die Finanzämter von einer Rücknahme der entsprechenden Steuerbescheide zu überzeugen. Insbesondere bei privaten Bäderbetreibern seien Insolvenzen zu befürchten.

Grundlage des Sporttreibens und die Absicherung des Vereins- und Breitensports in Berlin sei die Sportförderung in Titel 68419 – Förderung des Sports –. Die Mitgliedschaften in den Vereinen stiegen kontinuierlich, weswegen pro Haushaltsjahr 800 000 Euro mehr für die Verbandsförderung vorgesehen seien. Das bedeute eine Steigerung von 4,3 Millionen Euro auf 5,1 Millionen Euro. Damit werde die aktuelle Fördervereinbarung mit dem Landessportbund erweitert. Für die Förderung von Übungsleitenden in den Berliner Vereinen und Verbänden seien insgesamt 500 000 Euro mehr pro Jahr veranschlagt worden. Statt bisher 3,86 Millionen Euro stünden nunmehr 4,36 Millionen Euro zur Verfügung.

Für die dringend erforderlichen Sanierungsmaßnahmen der Sportzentren Wullenweberwiese und Siemensstadt sowie des Horst-Körper-Zentrums würden zusätzliche Mittel bereitgestellt. Für das Sportzentrum Wullenweberwiese würden erstmals 1,4 Millionen Euro im Haushalt eingeplant. Der Ansatz des Sportzentrums Siemensstadt werde von 1 Million Euro auf 1,8 Millionen Euro erhöht. Für das Horst-Körper-Zentrum stünden statt bisher 0,5 Millionen Euro künftig 0,85 Millionen Euro zur Verfügung. Insgesamt stünden zusätzlich 2,55 Millionen Euro pro Jahr bereit.

Die erforderlichen Ausgaben für die Instandhaltung und Sanierung zentraler Sportanlagen, zum Beispiel der Max-Schmeling-Halle, des Velodroms und des Olympiastadions, blieben konstant. Es würden weiterhin 2,5 Millionen Euro pro Jahr investiert. Zusätzlich stelle der Senat 1,7 Millionen Euro, 2026 0,4 Millionen Euro und 2027 1,3 Millionen Euro, für die Sanierungsmaßnahmen an der Bruno-Gehrke-Halle in Spandau zur Verfügung.

Im Haushaltsplan werde sichergestellt, dass die laufenden Bewirtschaftungsausgaben und Betriebskosten zentralverwalteter und verpachteter Sportanlagen aufgrund der Kosten- und Tarifentwicklungen in den Kapiteln 0511 – Olympiapark Berlin – und 0512 – Sportforum Berlin – bedarfsgerecht berücksichtigt würden. Sie habe entschieden, die Bewirtschaftungsausgaben deutlich anzuheben, da die Energiekostensteigerungen im vergangenen Haushalt nicht hätten berücksichtigt werden können. Allein hierfür müsse jährlich ein Zusatzbedarf von rund 3 Millionen Euro aus dem vorgegebenen Budget pro Haushaltsjahr eingestellt werden. In beiden Kapiteln seien für 2027 höhere Ausgaben für Instandhaltung und Sanierung berücksichtigt worden. Insgesamt gehe es um 600 000 Euro, um zumindest teilweise dem steigenden Bedarf und den steigenden Kosten Rechnung tragen zu können.

Im Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Hochbau – seien laufende Baumaßnahmen für die zentralverwalteten Sportanlagen berücksichtigt worden. Die Mittel für den Abriss des Stadions im Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark und für den Neubau des Stadions seien an die zeitliche Entwicklung und den Projektfortschritt angepasst worden. Die beiden Neubauten von Typensporthallen, zum einen im Sportforum als Ersatz für eine marode Traglufthalle und zum anderen im Sportkomplex Paul-Heyse-Straße mit einer zusätzlichen Halle, sollten 2026 beginnen. Die Gesamtkosten betragen jeweils rund 11 Millionen Euro.

Das Sportstätten-sanierungsprogramm werde von den Bezirken gut genutzt. In den vergangenen Jahren habe die Auslastung bei 97 Prozent gelegen. Es sei vorgesehen, das Sportstätten-sanierungsprogramm in Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke – Inneres und Sport – mit einem Ansatz von ca. 18 Millionen Euro fortzuschreiben.

Das Thema Sportinfrastruktur sei klar an den Bund zu adressieren. Der Sanierungsstau für die Sportinfrastruktur in Deutschland belaufe sich auf mindestens 32 Milliarden Euro, in Berlin auf 475 Millionen Euro. Die anfangs erhöhte jährliche Zusicherung der „Sportmilliarde“ der Bundesregierung werde derzeit von der Regierungskoalition für die nächsten vier Jahre verhandelt. Nach dem Königsteiner Schlüssel erhalte Berlin ca. 50 Millionen Euro für die gesamte Wahlperiode.

Mittel für Sportgroßveranstaltungen seien in Titel 68630 – Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte – veranschlagt. Andere Bundesländer beneideten Berlin für seinen Status als Sportmetropole. Die Förderung der Sportvielfalt, der kleinen und großen Veranstaltungen in der Stadt habe einen besonderen Stellenwert. Deshalb sei der Förderansatz für Sportveranstaltungen von 2,1 auf 2,55 Millionen Euro erhöht worden. Sportgroßveranstaltungen wirken sich ökonomisch positiv auf die gesamte Stadt aus. Ein Beispiel dafür sei die UEFA Euro 2024. Den dafür eingestellten Haushaltsmitteln in Höhe von 83,5 Millionen Euro stehe eine Wertschöpfung von 1,017 Milliarden Euro gegenüber.

Am 9. November 2025 finde das erste reguläre NFL-Spiel im Olympiastadion statt, und zwei weitere Spiele folgten 2027 und 2029. Der Senat stelle dafür 11,5 Millionen Euro zur Verfügung. Hinzu komme 1 Million Euro aus Mitteln der Lottostiftung. Um die Sportarten American Football und Flagfootball zu stärken, wolle man die Flagfootball-WM 2027 nach Berlin holen. Dazu unterstütze der Berliner Haushalt den American Football Verband Deutschland im Fall einer erfolgreichen Bewerbung mit maximal 1,5 Millionen Euro.

Im September 2026 werde das Land Berlin Gastgeber der Basketballweltmeisterschaft der Frauen sein. Die insgesamt 32 Spiele fänden in der Max-Schmeling-Halle und der Uber Arena statt. Der Senat unterstütze den Deutschen Basketball Bund mit insgesamt 6 Millionen Euro. Für den kommenden Doppelhaushalt würden Mittel in Höhe von 3,2 Millionen Euro notwendig, um das Ereignis gut vorbereiten zu können. Ergänzend stünden 350 000 Euro für Maßnahmen des Stadtmarketings und für die Umsetzung sozial nachhaltiger Projekte zur Verfügung, wovon 280 000 Euro in den Jahren 2026 und 2027 abrufbar seien.

Ein weiteres sportliches Highlight von internationaler Bedeutung seien die beiden regulären NBA-Spiele, die im Januar 2026 und 2028 in der Uber Arena ausgetragen würden. Für Akquise, Stadtmarketing und ein begleitendes nachhaltiges Sportprogramm seien 161 000 Euro eingeplant, davon 56 000 Euro im Haushaltsplan für 2026 und 2027.

Mit der Abgabe des Grobkonzepts „Berlin Plus“ an den DOSB im Mai und der Benennung von Kaweh Niroomand zum Olympiabeauftragten habe Berlin sein Interesse bekräftigt, gemeinsam mit anderen Bundesländern Gastgeber für Olympische und Paralympische Spiele zu werden. Sie sei davon überzeugt, dass die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele das Potenzial habe, einen hohen sportlichen und wirtschaftlichen sowie soziokulturellen Mehrwert für Berlin zu schaffen. Man hoffe, dass der Bewerbungsprozess den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärke. Deshalb stehe in den kommenden Monaten die Bürgerbeteiligung im Vordergrund. Bei der Entwicklung des Grobkonzepts sei dem Senat die soziale und ökologische Verantwortung besonders wichtig gewesen. Vorhandene Stadtentwicklungspläne seien wegweisend gewesen, um bereits geplante Infrastrukturprojekte zu beschleunigen. Ein Beispiel dafür sei der Wohnungsbau mit Blick auf das olympische Dorf am Stadteingang West.

Vorsitzender Scott Körber leitet über zur Beratung des Haushalts anhand der vorliegenden Synopse.

Einzelplan 12 – Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen –

Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Hochbau –

Titel 70141 – Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark

Frage Nr. 67.2, Fraktion Die Linke

Kristian Ronneburg (LINKE) kündigt an, seine Fraktion werde die Fragen noch schriftlich ergänzen.

Themenkomplex Berliner Bäder-Betriebe

Frage Nr. 1.2, Fraktion Die Linke

Kristian Ronneburg (LINKE) kündigt an, seine Fraktion werde die Fragen noch schriftlich ergänzen.

Klara Schedlich (GRÜNE) hat der Presse entnommen, der Aufsichtsrat der Bäder-Betriebe habe beschlossen, Herrn Dr. Kleinsorg nur einen Zuschlag zu erteilen, wenn die drei Neubaulprojekte umgesetzt würden. Sei der Haushalt so ausgestattet, dass eine Umsetzung der Neubaulvorhaben möglich sei?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) erklärt, Zielvorgaben seien in Aufsichtsräten üblich. Über die genauen Inhalte könne sie als Aufsichtsratsvorsitzende keine Auskunft erteilen.

Im Haushalt seien die entsprechenden Projekte abgesichert.

Klara Schedlich (GRÜNE) fragt bezüglich des Klimapakts und energetischer Sanierungen, ob es eine konkrete Vorhabenplanung gebe, die sich im Haushalt niederschläge.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) bestätigt dies. Sie bitte die Grünenfraktion, hierzu gegebenenfalls noch Fragen schriftlich nachzureichen.

Kapitelübergreifend

Schulsporthallen

Klara Schedlich (GRÜNE) konstatiert, im Einzelplan 10 – Bildung, Jugend und Familie – würden Mittel für das Schulschwimmen gestrichen. Gebe es hierzu Gespräche mit der Bildungsverwaltung? Sei geplant, die Mittelstreichung im Einzelplan 05 – Inneres und Sport – auszugleichen?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) versichert, dass es Gespräche mit der Bildungsverwaltung gebe. Sie gehe davon aus, dass im Einzelplan 05 keine Mittel für das Schulschwimmen vorhanden seien. Sie werde dies aber noch einmal prüfen.

Olympische und Paralympische Spiele in Berlin

Frage Nr. 10.1, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wo im Haushaltsplan sind Ausgaben für eine mögliche Bewerbung des Landes Berlin bzw. die Beteiligung an einer Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele sowie Maßnahmen bzw. Vorhaben in diesem Zusammenhang vorgesehen?

Wo können bei Bedarf Mittel in diesem Zusammenhang verausgabt werden und in welcher Höhe?

Mit welchen Ausgaben rechnet der Senat für die Jahre 2026 und 2027?

Welche Haushaltsmittel wurden im Jahr 2025 bereits für die nationale Olympiabewerbung eingeplant und in welcher Höhe sind diese bisher abgeflossen, aus welchen Titeln im Einzelplan wurden diese finanziert?

In der Senatsvorlage Nr. S-2187/2025 wird die Entwicklung einer Konzeption für den Aufbau einer zentralen Steuerungseinheit zur nationalen Olympiabewerbung sowie die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel in Höhe von 660.000 Euro für das Beteiligungsverfahren angekündigt.

Welche konkreten operativen Aufgaben soll die geplante Steuerungseinheit im Rahmen der nationalen Olympiabewerbung übernehmen und wie ist vorgesehen, Doppelstrukturen mit dem DOSB und dem Bund zu vermeiden?

Nach welchen Kriterien wird entschieden, wie hoch der Personal- und Finanzbedarf der geplanten Steuerungseinheit ausfällt, und ist eine transparente Vorlage dieser Bedarfsanalyse vorgesehen?

Ist vorgesehen, dass die im September angekündigte Vorlage für Aufbau und Ausstattung der Steuerungseinheit bereits eine längerfristige Kostenperspektive – über 2025 hinaus – abbildet?

In welcher Form werden die angekündigten 660.000 Euro im Doppelhaushalt 2026/2027 abgebildet? Falls die zusätzlichen 660.000 Euro nicht durch eine Mittelaufstockung, sondern durch Umschichtungen innerhalb des Titels finanziert werden sollen: Welche bisher geplanten sportbezogenen Projekte wären davon betroffen?

Wie ist der neue Zeitplan oder die neue Roadmap der Bewerbung um olympische und paralympische Spiele? Was ändert sich auf Grund der geänderten Vorgaben des IOCs und DOSBs?

Klara Schedlich (GRÜNE) bittet um nähere Auskünfte zur Organisationsform. Seien neben dem Olympiabeauftragten noch weitere Personen eingestellt worden? Sei der Beauftragte an die Senatsverwaltung angegliedert? Enthalte der Einzelplan 05 – Inneres und Sport – Personalkosten im Zusammenhang mit der Olympiabewerbung?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) kündigt eine schriftliche Beantwortung des Fragenkomplexes an.

Klara Schedlich (GRÜNE) möchte wissen, wann dem Ausschuss das Grobkonzept der Olympiabewerbung vorgelegt werde.

Iris Spranger (SPD) erinnerte daran, dass dem Ausschuss das Grobkonzept bereits vorgestellt worden sei.

Kristian Ronneburg (LINKE) wendet ein, dem Ausschuss seien nur die Grundzüge der Bewerbung vorgestellt worden. Werde die komplette Bewerbung transparent gemacht und veröffentlicht?

Dennis Buchner (SPD) stellt fest, es sei in Bezug auf die Mitbewerber nicht sinnvoll, Details der Bewerbung öffentlich zu machen.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) teilt die Auffassung ihres Vorredners, dass eine Offenlegung der Bewerbung aufgrund der Konkurrenzsituation nicht angebracht sei. Der DOSB werde erst Ende 2026 eine Entscheidung darüber treffen, mit welchem Konzept er in die nationale Bewerbung gehe. Sie begrüße es, dass Kaweh Niroomand ehrenamtlich als Beauftragter tätig sei. Zu gegebener Zeit werde eine entsprechende Logistik erforderlich sein.

Klara Schedlich (GRÜNE) fragt, wann dem Parlament ein Finanzierungsplan vorgelegt werde. Hamburg habe bereits einen solchen beschlossen.

Stephan Standfuß (CDU) bedankt sich für die Vorstellung des Grobkonzepts im Ausschuss. Er gehe davon aus, dass Berlin damit erfolgreich sein werde. Man müsse Verständnis dafür haben, dass die Mitbewerber nicht über alle Pläne Berlins informiert würden.

Gabriele Freytag (SenInnSport) ergänzt, dass der DOSB ursprünglich bis zum September 2025 eine Entscheidung treffen wollte. Dies sei nun bis Ende 2026 verschoben worden. Im laufenden Haushalt sei über das Memorandum of Understanding Vorsorge getroffen gewesen. In der Aufstellung des vorliegenden Haushalts sei dies nicht mehr möglich gewesen. Man sei gemeinsam mit der Senatskanzlei dabei, dies nachzuholen.

Alle Bewerber um Olympische und Paralympische Spiele hätten ihre Konzepte nach der gleichen Vorlage beim DOSB eingereicht. Derzeit laufe die Evaluierung des Grobkonzepts unter sportfachlichen Gesichtspunkten, also der grundsätzlichen Machbarkeit und Plausibilität. Dazu gebe es Rückkopplungen mit dem DOSB. Es gebe folglich noch kein in allen Details ausgearbeitetes Konzept. Der Sportausschuss werde zu gegebener Zeit über die Weiterentwicklungen informiert.

Der DOSB habe gerade beauftragt, die Organisationskosten auf der Grundlage der Grobkonzept bis Ende des Jahres zu entwickeln. Die Bewerber würden auf Basis der weiterentwickelnden Grobkonzepte Machbarkeitsstudien bzw. Kalkulationsstudien vornehmen.

Vorsitzender Scott Körber stellt fest, die Fragen würden im Übrigen schriftlich beantwortet.

Grundsteuer

Julian Schwarze (GRÜNE) kündigt an, seine Fraktion werde zum Thema Grundsteuer noch eine schriftliche Frage einreichen.

Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Sport –

Titel 54053 – Veranstaltungen –

Frage Nr. 31.2, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche konkreten Veranstaltungen und Empfänge anlässlich „bedeutender Sportveranstaltungen“ werden 2026/2027 erwartet?

Welche Kosten werden im Zusammenhang mit dem Berliner Marathon und ISTAF 2026/2027 erwartet?

Welche Veranstaltungen und Empfänge wurden 2024/2025 finanziert? Bitte auflisten mit Kostenangabe.

Klara Schedlich (GRÜNE) fragt nach dem Wahrheitsgehalt von Gerüchten, wonach das ISTAF nicht mehr in der bisherigen Form bzw. gar nicht mehr in Berlin stattfinden solle.

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) antwortet, Gerüchte blieben Gerüchte.

Dennis Buchner (SPD) betont, man wolle das ISTAF auf Dauer in Berlin erhalten. Es stelle sich aber das Problem, dass die Organisationsstruktur aus Sportfördermitteln nicht unterstützt werden könne. Es müsse ein Veranstalter gefunden werden, der sportförderungswürdig sei.

Vorsitzender Scott Körber stellt fest, die Fragen würden im Übrigen schriftlich beantwortet.

Titel 54124 – Ausgaben in Zusammenhang mit dem DFB-Pokalfinale –

Frage Nr. 34.2, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bitte um konkrete Auflistung für welche Maßnahmen finanzielle Mittel in konkreter Höhe eingestellt werden.

Bitte erläutern, welche vertraglichen Verpflichtungen in welcher Form gegenüber dem Land seitens des DFBs bzw. zugehörigen Dritter bestehen, die finanziell erfüllt werden müssen.

Warum wird nicht mehr explizit das Olympiastadion als Austragungsort genannt, obwohl nach derzeitigen Informationen das Pokalfinale mindestens bis 2026 weiterhin in Berlin stattfinden wird?

Welche konkreten Gründe hat die Kürzung um 100.000 Euro bei den Ausgaben für das DFB-Pokalfinale und mit welchen Auswirkungen rechnet der Senat für die Durchführung und den Standort Berlin?

Liegen dem Senat bereits neue Erkenntnisse oder Gespräche über eine mögliche Veränderung des Austragungsortes ab 2027 vor?

Wird für die Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung des DFB-Pokalfinales künftig keine Mittel mehr im Haushalt veranschlagt oder an welcher Stelle im Haushalt (bitte um Nennung des Titels) sind diese Ausgaben nun abgedeckt?

Wie bewertet der Senat die wiederholt auftretenden Sicherheitsrisiken und organisatorischen Probleme beim Einlass über das elektronische Drehkreuzsystem im Olympiastadion, insbesondere beim DFB-Pokalfinale 2025 – und welche Maßnahmen werden ergriffen, um zukünftig einen sicheren, zügigen und barrierefreien Einlass zu gewährleisten und welche Kosten sind hiermit verbunden?

Klara Schedlich (GRÜNE) interessiert, ob das DFB-Pokalfinale im Berliner Olympiastadion bleibe. Sei ein Vertrag abgeschlossen worden und wenn ja, wie sähen die Konditionen aus?

Iris Spranger (SPD) antwortet, die Verhandlungen seien bald beendet, und sie rechne mit einem guten Abschluss.

Vorsitzender Scott Körber stellt fest, die Fragen würden im Übrigen schriftlich beantwortet.

Titel 68245 – Ausgabenersatz an die Olympiastadion Berlin GmbH (OStaBG) für Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen –

Frage Nr. 38, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Welche konkreten Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen sollen in den Jahren 2026 und 2027 im Olympiastadion umgesetzt werden, wie werden dabei Prioritäten gesetzt – und wie stellt der Senat sicher, dass der Mitteleinsatz nicht allein durch internationale Großveranstaltungen bestimmt wird, sondern auch einer nachhaltigen Nutzung des Stadions für den Berliner Sport dient?

Welche Maßnahmen plant der Senat gemeinsam mit der Olympiastadion Berlin GmbH, um die wiederholt aufgetretenen Probleme beim Einlass – insbesondere über das Drehkreuzsystem – künftig zu vermeiden und einen sicheren, reibungslosen Ablauf bei Großveranstaltungen zu gewährleisten?

Welche Auswirkungen erwartet der Senat durch die Absenkung des Titels auf notwendige Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen der Olympiastadion Berlin GmbH – und mit welchen Veranstaltungen (z. B. NFL-Spiele) rechnet der Senat in

den kommenden Jahren, bei denen zusätzliche Maßnahmen erforderlich werden könnten?

Welche konkreten Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen am Olympiastadion wurden in den vergangenen Jahren aus dem Titel finanziert (z. B. im Zusammenhang mit der UEFA EURO 2024) – und welche Maßnahmen sind für die kommenden Haushaltsjahre vorgesehen?

Wie stellt der Senat sicher, dass die künftig bedarfsbezogenen abgestimmten Mittel für Sanierung und Instandhaltung des Olympiastadions transparent, nachvollziehbar und im Einklang mit einer nachhaltigen Sportinfrastrukturstrategie eingesetzt werden?

Welche energetischen Nachhaltigkeitsprojekte sind im Rahmen der Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen am Olympiastadion vorgesehen?

Klara Schedlich (GRÜNE) möchte wissen, wann das für NFL-Spiele verbreiterte Spielfeld wieder zurück gebaut werde. Stehe das anderen Sanierungsmaßnahmen im Olympiastadion entgegen?

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport) bittet die Grünenfraktion, diese Frage schriftlich nachzureichen.

Vorsitzender Scott Körber stellt fest, die Fragen würden im Übrigen schriftlich beantwortet.

Titel 68426 – Zuschuss für die Durchführung der Special Olympics Weltspiele 2023 –

Vorsitzender Scott Körber stellt fest, der Titel werde zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –

Klara Schedlich (GRÜNE) interessiert, ob es beim sogenannten Eisgipfel mittlerweile Ergebnisse gebe, die sich im Haushalt widerspiegeln.

Staatssekretärin Franziska Becker (SenInnSport) bittet, diese Frage im Rahmen der Aktuellen Viertelstunde in den nächsten Ausschusssitzung zu behandeln.

Vorsitzender Scott Körber stellt fest, die erste Lesung des Einzelplans 05, Kapitel 0510 bis 0512, Kapitel 1250 – hier Maßnahmegruppe 05 – Hochmaßnahmen Senatsverwaltung für Inneres und Sport – sowie Kapitel 2705 – hier Aufwendungen der Bezirke – Inneres und Sport – sei damit beendet. Die angeforderten Berichte und die beantragten Titelrückstellungen seien damit beschlossen. Die beschlossenen Berichte – siehe Beschlussprotokoll – erwarte der Ausschuss als Sammelvorlage rechtzeitig – bis zum 26. September 2025 – zur zweiten Lesung im Fachausschuss. Die Fraktionen würden gebeten, dem Ausschussbüro Änderungsanträge bis spätestens 6. Oktober 2025, 12 Uhr zu übermitteln. Die Beratung werde zum Zwecke der zweiten Lesung bis zum 10. Oktober 2025 vertagt.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.